

Sie möchten mitmachen?

Informationen anfordern

Hiermit bitte ich um weitere Informationen über die Partei DIE LINKE. in Mönchengladbach, sowie über die Satzung und die Mitwirkungsmöglichkeiten.

Nachname

Vorname

e – Mail

PLZ / Wohnort

Telefon

Straße / Nr.

Bitte einsenden an unten stehende Adresse im Impressum

Herausgeber / Impressum / V.i.S.d.P:

DIE LINKE.
Kreisverband Mönchengladbach

DIE LINKE. MG / Torben Schultz
Hauptstraße 2
41236 Mönchengladbach
Telefon: 0 21 66 / 979 22 43
E-Mail: buero@die-linke-mg.de

Frühstückstreff!

Erlebnisse austauschen über das Jobcenter, Tipps weitergeben, plaudern und dabei noch gut frühstücken:

29. September 2011 ab 10:00 Uhr

**Büro DIE LINKE. MG, Hauptstraße 2
(in der Fußgängerzone Rheydt)
41236 Mönchengladbach**

Jeden letzten Donnerstag im Monat gibt es zum Reden und Austauschen über die eigenen Erfahrungen ein Erwerbslosenfrühstück.
Einfach mal vorbeikommen!

"Bei dem Frühstückstreff ist auch eine juristische Beratung möglich."

DIE LINKE.
Kreisverband Mönchengladbach

Sozialberatung

Jeden Donnerstag und Freitag bietet DIE LINKE. von 10:00 bis 12:00 und von 16:00 bis 18:00 Uhr eine Sozialberatung an.
Die allgemeinen Öffnungszeiten sind:

**Dienstag bis Freitag von
10:00 – 12:00 Uhr und 16:00 – 18:00 Uhr,
Büro DIE LINKE. MG,
Hauptstraße 2**

original sozial
www.die-linke-mg.de



DIE LINKE.
Kreisverband Mönchengladbach

Normenkontrollklage gegen Hartz IV

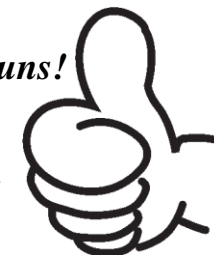
**Landesregierung NRW verweigert
Umsetzung Landtagsbeschluss**



WORAUF WARTET IHR?

Mönchengladbach
- eine Stadt für uns!

original sozial
www.die-linke-mg.de



Normenkontrollklage gegen Hartz IV Landesregierung NRW verweigert Umsetzung Landtagsbeschluss

„An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!“ Was sowohl Johannes (1. Johannes 2, 1-6) als auch Matthäus (Matthäus 7, 20) schon vor über 2000 Jahren wussten, scheint in der Einfachheit der Aussage die Landesregierung in NRW zu überfordern.

So winden sich die Vertreter von SPD und Grüne in der Landesregierung, ihren Worten zumindest einige Taten folgen zu lassen. Die Landesregierung in NRW weigert sich vehement, einen gefassten Beschluss des Landtages NRW von Anfang Dezember 2010 umzusetzen. Der Landtag hatte dort beschlossen, die neuen Regelungen zu Hartz IV einer Normenkontrollklage zu unterziehen, falls diese offenkundig erneut verfassungswidrig sind.

Dies wurde nun aktuell (05.09.2011) auf einer DGB-Presskonferenz bei der Vorstellung zweier empirisch-statistischer und juristischer Gutachten der Hans-Böckler-Stiftung belegt, welche die Verfassungswidrigkeit der „neuen“ Hartz-IV-Regelsätze nachweisen.

Wieder einmal!

In einem offenen Brief hat jetzt die Linksfraktion im Landtag NRW die Landesregierung und „Landesmutter“ Hannelore Kraft aufgefordert, diesen im Landtag gefassten Beschluss umzusetzen.

DIE LINKE. vermutet hinter dieser Weigerung zur Umsetzung des Beschlusses die im Bundestag und einigen SPD geführten Ländern getroffene Zustimmung zu diesem Hartz IV Kompromiss als Grund.

„Offensichtlich sind der NRW-Landesregierung die Treue zur SPD und zu Hartz IV wichtiger als die verfassungsmäßigen Rechte der Erwerbslosen und ihrer Familien sowie die Beschlüsse des Landtags“, erläutert Dr. Carolin Butterwegge, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. NRW im Landtag.

Die Weigerung, insgesamt rund 1,6 Millionen Anspruchsberechtigten, darunter 450.000 Kinder, verfassungsgemäße Regelsätze zu ermöglichen oder zumindest diese ob der offensichtlichen Verfassungswidrigkeit einer erneuten Überprüfung zuzuführen, hält DIE LINKE. für inakzeptabel.

„Statt einer erneuten und absolut notwendigen Überprüfung dieses Hartz IV Debakels inklusive sämtlicher Verschlechterungen auf Kosten der Empfänger, und hier vor allem der Kinder, erdreistet sich die Landesregierung auch noch, den Betroffenen den „individuellen Klageweg durch die Instanzen“ zu empfehlen.

Hier hat auch die Landesregierung, selbst über den Umweg einer Normenkontrollklage, die Verantwortung für die verfassungsgemäße Umsetzung der Gesetzgebung und nicht der Empfänger“, empört sich auch Mario Bocks, Bezirksvertreter und Mitglied in der Linksfraktion im Rat der Stadt. „Juristischen Rat sollte sie lieber den Menschen überlassen, die was davon verstehen. Daher begreife ich auch nicht, wie man eine Überprüfung dieses offensichtlichen erneuten Verfassungsbruches verweigern kann. Hier bei uns in Mönchengladbach betrifft das z.B. rund 37.000 Menschen“, so Bocks.

DIE LINKE. Mönchengladbach unterstützt die Umsetzung des Landtagsbeschlusses und begrüßt ausdrücklich die Initiative unserer Landtagsfraktion.

Neueste Infos zum „Un-Sozialticket“

Das Ticket des VRR ist kein Sozialticket, sondern ein vergünstigtes Angebot im Rahmen des VRR-Tarifsystems. Es ist vollkommen klar, dass es viel zu teuer ist und BezieherInnen von Hartz IV sich dieses Ticket nicht oder kaum leisten können.

Im Vergleich zu den Regeltarifen ist es eine Vergünstigung für einen schmalen Empfängerkreis (z. B. WohngeldbezieherInnen).

Auch hier folgt man der menschenverachtenden Hartz IV-„Logik“:

„Wer nicht arbeitet, soll auch nicht fahren“.

Wir werden das Ticket daher auch keinesfalls als Sozialticket bezeichnen, sondern als 30 € Ticket.

Ebenso einhellig sind wir der Meinung, dass wir bei unserer Preisforderung von maximal 15 € bleiben, unabhängig davon, wie die Regelsätze berechnet bzw. manipuliert werden.

Daher bringen wir einen eigenen Antrag in die anstehende Ratssitzung am 29. September 2011 mit folgendem Inhalt ein:

- Sozialticket für 15 €
- Rabattiertes Viererticket einführen
- Verbundweite Geltung (Basis Ticket 2000)
- Mitnahmemöglichkeit Erwachsener und Übertragbarkeit